

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die 20. - öffentliche - Sitzung**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten**

**und Regionale Entwicklung**

**am 15. August 2024**

**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Vorstellung der Schwerpunkte der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft für die zweite Jahreshälfte 2024 durch S. E. Herrn Botschafter Dr. Péter Györkös** ..... 4
2. **EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente** ..... 21
3. **Parlamentarische Informationsreise 2025**  
*Beschlussfassung über Reiseziel und Reisezeitraum* ..... 22
4. **Terminangelegenheiten**..... 23

**Anwesend:**

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Anna Bauseneick (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Immacolata Glosemeyer (SPD)
4. Abg. Constantin Grosch (SPD)
5. Abg. Jan Henner Putzier (i. V. d. Abg. Jan Schröder) (SPD)
6. Abg. Guido Pott (SPD)
7. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
8. Abg. Dr. Bernd Althusmann (CDU)
9. Abg. Christoph Eilers (CDU)
10. Abg. Barbara Otte-Kinast (CDU)
11. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
12. Abg. Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)
13. Abg. Anne Kura (GRÜNE)
14. Abg. Dennis Jahn (AfD)

mit beratender Stimme:

15. MUDr. PHDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Redakteur Ramm, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14.00 Uhr bis 15.31 Uhr.

**Außerhalb der Tagesordnung:**

*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigt die Niederschrift über die 19. Sitzung.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 1:

**Vorstellung der Schwerpunkte der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft für die zweite Jahreshälfte 2024 durch S. E. Herrn Botschafter Dr. Péter Györkös**

Botschafter **Dr. Györkös** trägt einleitend Folgendes vor:

Der aktuelle Zeitpunkt gibt Anlass dazu, die Prioritäten der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft in einem besonderen Kontext wahrzunehmen.

In Brüssel, Budapest und Berlin hält immer noch die Sommerpause an. Bei Ihnen in Niedersachsen ist die Arbeit aber schon wieder im Gange.

In der EU ist man in den ersten Monaten nach den Europawahlen immer mit den institutionellen und personellen Neuaufstellungen befasst, wenn auch eine Niedersächslerin bereits zur Präsidentin der EU-Kommission gewählt worden ist. Insofern, als erst das gesamte Kollegium gewählt werden muss, was noch einige Wochen oder Monate dauern wird, ist das aber präliminar. Die Arbeit im institutionellen Kontext beginnt also erst später.

Das Thema Ungarn genießt sowieso besondere Aufmerksamkeit überall in Europa, insbesondere in den EU-Institutionen und in Deutschland. Schon vor Beginn der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft wollten viele bereits das entsprechende Halbjahr abschreiben. Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Migration und Gesellschaftspolitik werden heiß debattiert. Darüber können wir auch reden, wenn Sie Fragen dazu haben. Für mich gibt es keine Tabuthemen.

Es findet ein brutaler Krieg in unserer Nachbarschaft statt. Für die Beantwortung der Frage, wie dieser Krieg gelöst werden könnte, hat sich der ungarische Ministerpräsident in seiner Funktion als ungarischer Ministerpräsident engagiert. Von vielen im Rat der EU wurde das aber als eine Übertretung seiner Kompetenzen verstanden. Das führte zu weiteren Diskussionen zu Beginn der ungarischen Ratspräsidentschaft. Auch in dieser Frage stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Zu den Prioritäten unserer Ratspräsidentschaft: Es handelt sich um unsere zweite Ratspräsidentschaft. Die erste fand im ersten Halbjahr 2011 statt. Damals lief die Planung aus europäischer Sicht sehr anders ab. Es war das erste Semester, in dem der Vertrag von Lissabon gegolten hat, und alle agierten in einem neuen institutionellen Setup. Einerseits stand zu dieser Zeit die Gesetzgebung in unserem Fokus, andererseits Strategien wie die Roma- oder Donauraumstrategie sowie der Abschluss der Beitragsverhandlungen mit Kroatien. Manch einer wird sich noch an das sogenannte Sixpack erinnern. Die Eurokrise stand damals noch ganz oben auf der Tagesordnung.

Jetzt ist die Situation, wie gesagt, eine andere. Trotzdem sind die Herausforderungen für Europa groß. Viele sagen zu Recht: Entweder hat man eine Priorität oder man hat keine. Das bringt mich zu unseren sieben Prioritäten. Besonders die ersten beiden sind in meinen Augen mit Niedersachsen verbunden.

1. Die Wettbewerbsfähigkeit. Wir gehen davon aus, dass Europa insbesondere in den letzten fünf Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Einerseits ist es nicht mehr so stark und leistungsfähig wie noch vor fünf Jahren. Das wird vornehmlich im Vergleich mit unseren globalen Wettbewerbern wie USA und China, aber auch mit anderen deutlich. Hier muss etwas getan werden! Wir wollen die Kernelemente des Green Deals nicht

neu diskutieren, sondern den New European Competitiveness Deal ergänzen unter Einbeziehung der Industrie, um die Frage zu klären, auf welchem Weg man die entsprechenden Ziele am besten erreichen kann.

Der Blick auf Wolfsburg und Emden legt die Frage nach der Zukunft der deutschen Autoindustrie nahe. Mein Land ist ein wichtiger Standort dafür. In diesen Tagen beginnt die Probeproduktion im neuen BMW-Werk in Ungarn. Dadurch werden in Ungarn neben Deutschland und China alle deutschen Premiummarken gefertigt. Zugleich setzen wir mit großen Investitionen aus China und Südkorea in die Batterieproduktion auf den Übergang zur E-Mobilität.

Dass wir in Europa ein Problem haben, sieht man an Emden, Wolfsburg und Zwickau. Bis Ende des laufenden Jahres möchten wir den New European Competitiveness Deal zustande gebracht haben.

2. Europäische Verteidigung und Rüstungsindustrie. Auch hier gibt es mit Unterlüß einen wichtigen Referenzpunkt in Niedersachsen. Schon mehrere Jahre vor dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine haben wir mit der Entwicklung einer Strategie begonnen, wie man die europäischen Verteidigungsfähigkeiten auf einer rüstungsindustriellen Basis stärken kann.

In Ungarn haben wir bewiesen, dass das möglich ist. Wir haben sechs oder sieben große Standorte von Rheinmetall und Airbus. Bei uns wird die neueste Generation des Schützenpanzermodells Lynx produziert. Wir rüsten unsere Armee mit den neuesten Leopard-Panzern aus. Airbus hat das erste Werk hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang in Ungarn aufgebaut. Wir haben schon jetzt nicht nur H145M-Hubschrauber, sondern auch H225M-Hubschrauber. Bald sind wir in der Lage, die nächste Generation von Bundeswehrsoldaten in Ungarn mit deutsch-französischer Militärtechnik auszubilden.

Gleichzeitig sind wir mit Rheinmetall an der Entwicklung der neuen Generation des Kampfpanzers Panther beteiligt. Was wir auf europäischer Ebene stärken wollen, ist in der deutsch-ungarischen Praxis der letzten Jahre also eigentlich schon Wirklichkeit.

3. Erweiterungspolitik. Ich habe es eben schon erwähnt: Am letzten Tag der vorherigen ungarischen Ratspräsidentschaft, am 30. Juni 2011, haben wir die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgeschlossen. Seither ist in diesem Bereich nichts Konkretes geschehen. Es gab nur Blabla. Wir möchten aus dieser Sackgasse herauskommen. Die Westbalkanstaaten haben zwei Optionen: EU oder irgendetwas anderes. Die Chinesen, die Russen, die Türken, die Golf-Staaten stehen mit Alternativangeboten bereit. Deswegen ist es für uns von großer Relevanz, den Prozess mit den Balkanstaaten zu revitalisieren. In welcher Weise das machbar sein wird, muss geprüft werden. Es gibt eine intensive Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, denn Berlin hat mit dem Berliner Prozess einen eigenen Prozess in die Wege geleitet, der dem gleichen Ziel dient. Wir werden das harmonisieren, damit der Gipfel in Berlin am 14. Oktober im Rahmen dieses Prozesses und der EU-Westbalkan-Gipfel die besten Ergebnisse hervorbringen können.
4. Migration. Ich will den Kern des Problems nicht ansprechen; denn wir wissen, im Rat der EU wird es keinen Konsens darüber geben. An einem Punkt kommen wir aber vielleicht

langsam zu einem Konsens: dass die äußeren Grenzen gesichert werden sollten. Unsere fundamentale Auffassung ist diametral verschieden von vielen Auffassungen in der Bundesrepublik und auch in Brüssel. Gleichzeitig besteht Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit erstens mit Transitländern und Entsenderstaaten verstärkt und der Druck auf Europa gemindert werden sollte.

In weiteren fachpolitischen Bereichen zielen wir nicht darauf ab, konkrete Ergebnisse zu erzielen, sondern die allgemeine Diskussion voranzutreiben, weil wir davon ausgehen, dass Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität für die Zukunft Europas von großer Relevanz sind:

5. Die Zukunft der Kohäsionspolitik. Für viele ist Kohäsionspolitik immer noch eine Art Charity Policy. Wir sagen, das ist nicht so. Die Vorbereitung dieser Politik für die nächste Periode ist eine der wichtigsten Komponenten für die Aufrechterhaltung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.
6. Die Agrarpolitik. Wie kann man eine europäische Agrarpolitik gestalten, bei der die Bauern nicht als Staatsfeinde gelten, die die Umwelt zerstören, sondern als diejenigen, die die Umwelt retten und gleichzeitig unsere Versorgungssicherheit für die nächsten Jahrzehnte garantieren?
7. Demografische Herausforderungen. Gerne möchten wir über fundamentale gesellschaftspolitische Fragen diskutieren, tun es aber nicht, weil wir - auch mit Blick auf manche Bilder aus Paris - in einer bestimmten Ecke bei der europäischen Diskussion stehen, was Gender, Familie etc. angeht.

Wir sagen aber: Europa insgesamt und fast alle EU-Mitgliedstaaten haben ein Problem mit der demografischen Situation. Wie kann man in Kombination mit einer verstärkten Familienpolitik und unter der Einbeziehung von Fachkräften aus Drittstaaten einen Austausch von Best Practices gestalten? Einerseits muss respektiert werden, dass es keine gemeinsamen europäischen, sondern nur nationale Kompetenzen gibt. Andererseits ist es für uns alle ein Problem, wenn wir nicht in der Lage sind, auf dem Arbeitsmarkt, im Rentensystem und im Pflegesystem Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit für die nächsten Generationen in Europa zu gewährleisten.

Zum Big Picture, was Ungarn und Ungarns Ministerpräsidenten angeht, möchte ich nicht von mir aus sprechen, werde aber gerne auf Ihre Fragen dazu oder zu anderen Punkten - sei es das von mir Angesprochene, sei es etwas, das ich zu erwähnen versäumt habe - reagieren.

Abg. **Immacolata Glosemeyer** (SPD): Vielen Dank für Ihre Ausführungen zu Ihren Prioritäten. Auch herzlichen Dank dafür, dass Sie kritische Themen nicht ausgelassen haben. Denn es gibt durchaus unterschiedliche Vorstellung. Es spricht nichts dagegen, Familienpolitik zu machen, aber es spricht auch nichts gegen Genderpolitik etc. Das eine schließt das andere nicht aus.

Es gibt auch gewisse Dinge, die uns einen. Sie sprachen die Wettbewerbsfähigkeit an. Ich habe eine Frage zur Kohäsionspolitik bzw. zu den EU-Mitteln für die Mitgliedsländer. Nach unseren Informationen unterstützen Sie diesen Punkt. Inwieweit haben Sie Überlegungen angestellt, wie dieses Mittel stärker genutzt werden kann, und zwar nicht nur für die schwächeren, sondern auch für die stärkeren Regionen?

Botschafter **Dr. Györkös**: Dieses Thema haben wir insofern „geerbt“, als die Kohäsionspolitik 20 Jahre vor unserem EU-Beitritt geschaffen wurde. Viele halten sie - das ist ein Missverständnis - weiterhin für eine Art von Hilfsprogramm für die nachträglich beigetretenen osteuropäischen Staaten, obwohl sie Mitte der 1980er-Jahre im Zusammenhang dem Binnenmarkt entstanden ist.

Wenn man die schwächeren Regionen nicht unterstützt, zerstören starke Ungleichgewichte die gemeinsame Struktur. Ermöglicht man es diesen Regionen, aufzuholen, wird dadurch das Zentrum gestärkt. Wir sind seit 2004 in der EU. Die Konvergenzkurve zeigt: Die mitteleuropäischen Staaten konvergieren permanent nach oben. Die südländischen Staaten, die schon 20 Jahre länger Begünstigte der Kohäsionspolitik gewesen sind, konvergieren interessanterweise aber nach unten. Kohärenzpolitik ist also kein Wundermittel, sondern muss mit den internen Strukturformen inhaltlich verbunden sein.

Ein weiteres Beispiel ist die Visegrád-Gruppe mit 64 Millionen Einwohnern. Frankreich hat 66 Millionen Einwohner. Das Handelsvolumen von Deutschland und der Visegrád-Gruppe ist heute doppelt so hoch wie das von Deutschland und Frankreich. Verantwortungsvolle Kohäsionspolitik auf der einen Seite und strukturelle Reformen auf der anderen Seite haben dazu geführt, dass Mitteleuropa zum wirtschaftlichen Motor wurde. Das führt zu vielen Problemen. Eines der Probleme - ich will nicht unhöflich sein - ist, dass das deutsche Zugpferd nicht mehr mit derselben Stärke zieht wie noch vor einigen Jahren.

Sicherlich muss die Kohäsionspolitik immer wieder angepasst werden. Transformationen in den Bereichen Energie, Digitales und Klima müssen in die Arbeitsmarktpolitik eingebunden werden. Das ist ein Streitpunkt, weil die Nettozahler und die Nettoempfänger unterschiedliche Prioritäten haben. Parallel kommt es auch in Deutschland in Bezug auf den Finanzausgleich ständig zu Konflikten. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der EU findet diesbezüglich aber eine Versöhnung statt, weil dieser Punkt ein wichtiges Werkzeug für den Zusammenhalt ist. Wir wollen die ganze Diskussion darum mit Vorsicht anstoßen und gehen nicht davon aus, endgültige Resultate zu erzielen.

Eines wollen wir klarstellen: Die Kohäsionspolitik wie auch die Agrarpolitik sind keine veralteten Werkzeuge der Steinzeit, sondern gehören zu einem modernen, wettbewerbsfähigen Europa dazu.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Ich verstehe Ihre Haltung in der Migrationspolitik nicht. Einige Punkte kann ich nachvollziehen. Bei der Stärkung der Außengrenzen zum Beispiel gibt es sicherlich Konsens. - Bitte erläutern Sie Ihre Ziele. Zusammen mit wenigen anderen Ländern nehmen Sie hier eine relativ separierte Position ein. Wie versuchen Sie, hier zu einer Einigung zu kommen und uns auf den richtigen Weg zu bringen, damit das drängende Problem dahinter in den Griff bekommen wird?

Ungarn ist ein stark katholisch geprägtes Land. Wie kam Ihre Grundhaltung zustande, und wie verträgt sie sich mit dem christlichen Menschenbild Ihres Landes?

Botschafter **Dr. Györkös**: Darüber könnte man mindestens 48 Stunden sprechen. Ich versuche, das in weniger als 4 Minuten zu schaffen.

Wir sind keine schlechten Menschen und haben unser Herz am rechten Fleck. Ich selbst habe Kinder. Für mich, der ich im Frühjahr 2015, als die große Flüchtlingskrise begann, ständiger Vertreter in Brüssel war, ist das eine ganz persönliche Angelegenheit. Ich wurde von Ministerpräsident Orbán am 1. Oktober 2015 von Brüssel nach Berlin geschickt. In *The Economist* ist einige Tage vorher ein großer Artikel erschienen, von dem auch eine Karikatur Teil war. Zu sehen waren „die gute Merkel“ und „der böse Orbán“ beim „Tauziehen“ mit einer EU-Flagge, die an einem NATO-Drahtzaun in der Mitte zerreißt.

Bei der Debatte über dieses Thema ist viel Porzellan zerschlagen worden. Wenn wir keine Lösung hierfür finden, wird Europa insgesamt, werden auch die einzelnen Länder stark destabilisiert werden. Zugleich haben wir fundamental unterschiedliche Sichtweisen auf diese Problematik und die Lösungsmodelle.

Das Problem ist, wir leben in einem gemeinsamen europäischen Freiheitsraum. Die größten Errungenschaften der europäischen Integration sind der Binnenmarkt und der Schengen-Raum. Es gibt aber keine gemeinsame europäische Migrationspolitik. Hier sind die einzelnen Mitgliedstaaten total unterschiedlich - historisch, kulturell und politisch.

Wir sind Christen und Nicht-Christen. Ungarn ist ein sehr buntes Land - kulturell, aber auch in Bezug auf Religionen und Nationalitäten. Bei uns leben 13 ethnische und nationale Minderheiten. Ungarn ist ein Schmelztiegel. 150 Jahre lang hat es eine muslimische Herrschaft in Ungarn gegeben. Die ungarische Nation weiß, was das bedeutet. Sie sagt deswegen: Ich will selbst darüber entscheiden, mit wem ich zusammenlebe. Vor einigen Wochen hat Ihr Kanzler übrigens erst gesagt, Deutschland müsse in der Lage sein, selbst darüber zu entscheiden, wer in das Land kommt. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Wie kann man die Außengrenzen schützen? Dazu gibt es leider keinen Konsens. Leider - auch bei Ihnen - wird viel mehr über die Kontrolle der Binnengrenzen gesprochen. Aus unserer Sicht ist das die völlig falsche Antwort. Dadurch werden die größten Errungenschaften der europäischen Integration zerstört.

Der dritte Punkt bezieht sich auf das Menschenbild, auf die Moral. Diejenigen, die kommen, sind nicht diejenigen, die in der größten Not sind. Denen, die kein Geld für die Schleuser haben, die nicht die Energie haben, sich auf den Weg zu machen, muss vor Ort geholfen werden. So handelt man viel humanistischer und moralisch korrekter, als wenn man die Menschen alle hineinlässt und damit interne Konflikte generiert. Durch das Handeln Putins wird das beschleunigt. Die billigste Waffe gegen die EU ist die Förderung von illegaler Migration. Dadurch zerstört man die größten Errungenschaften europäischer Integration, destabilisiert die Mitgliedstaaten von innen und generiert Spannungen zwischen ihnen. Wer ist ein guter Mitgliedstaat, wer ist ein böser? Ungarn mit Viktor Orbán sowieso, aber was ist mit Polen und Finnland, wenn diese Länder ihre Außengrenzen schützen? Die Frage nach dem richtigen Umgang mit dieser Situation ist nicht nur in Deutschland ein heikles Thema.

Unser Angebot ist der Schutz der Außengrenzen. Das machen wir seit dem 15. September 2015. Das ist keine schöne Sache und lässt sich nicht mit Plüschtieren und Blumensträußen durchsetzen. Es muss aber getan werden. Es gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen dem Eisernen Vorhang - wir haben ihn vor 35 Jahren als Erste abgebaut; an seine Öffnung erinnern wir in

einigen Tagen gemeinsam mit dem deutschen Präsidenten in Ungarn - und einem Zaun an den dünnen Außengrenzen des Schengen-Raums und des Binnenmarkts.

Wenn die Mitgliedstaaten aus irgendeinem Grund Menschen aufnehmen können, wollen oder müssen - sei es aus arbeitsmarktpolitischen, aus gesellschaftspolitischen oder demografischen Gründen -, sie Migration also als etwas Positives betrachten, ist das die Entscheidung des jeweiligen Mitgliedstaates bzw. der jeweiligen Gesellschaft. Das kann aber nicht den anderen aufgezungen werden.

Aber solange Europa dazu in der Lage ist, muss es vor Ort helfen. Das bedeutet eine Zusammenarbeit mit Drittstaaten und mit den Transitländern. Wenn man die Außengrenzen schützt, muss man den benachbarten Staaten sagen: Ich will euch nicht im Stich lassen, aber ihr müsst mit mir zusammenarbeiten.

Mein letzter Punkt hierzu, damit Sie das besser verstehen: Wir waren nicht gegen die EU-Türkei-Flüchtlingsvereinbarung, die im März 2016 zustande gekommen ist, sondern wir waren grundsätzlich gegen die Reihenfolge der Ereignisse. Europa hat den türkischen Sultan um Hilfe beim Schutz der eigenen Grenze gebeten. Dann ist man erpressbar. Wir beweisen jedem - den Schleusern und den Nachbarstaaten -, dass wir in der Lage sind, unsere Außengrenze selbst zu kontrollieren. Aber wir wollen mit euch zusammenarbeiten und vor Ort helfen, weil das Problem so groß ist. Es geht eigentlich um Milliarden Menschen, die in Not sind und ein besseres Leben wollen. Es mag sich sehr grob anhören, aber: Ein besseres Leben ist kein Grundrecht. Die Welt ist nicht gerecht.

Unsere Herausforderung ist die Beantwortung der Frage, wie man vor Ort helfen kann. Mit dem Geld, das für die Bekämpfung illegaler Migration ausgegeben wird, könnte man vor Ort 4-Sterne-Hotels errichten.

Das ist unser Paket. Wir sehen die Schwierigkeiten und befinden uns seit neun Jahren in erbiterten Konflikten. Ich persönlich wie auch in meiner offiziellen Funktion gehe aber davon aus, dass unsere ursprüngliche Wahrnehmung die richtige ist. Je schneller wir einen Konsens in Europa erreichen, desto besser. Sonst kommt es zur Selbstzerfleischung, was sicherlich niemandes Interesse ist.

Abg. **MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky** (fraktionslos): Die Migrationspolitik ist auch in Deutschland ein wichtiges Thema. Nicht alle hier sind abgeneigt, dem Beispiel Ungarns zu folgen. Auch mit der Frage der inneren Sicherheit wird dort aktuell ganz anders als in Deutschland umgegangen.

Ungarn hat in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft eine bedeutsame Friedensinitiative geschaffen, auch wenn sie teils als Alleingang Ungarns gesehen wurde. Für diese Initiative Ungarns möchte ich mich bedanken. Wie beabsichtigt Ungarn, diese Friedensinitiative fortzuführen?

Botschafter **Dr. Györkös**: Eine kleine Korrektur vom Antwortgeber ist zwar nicht höflich, aber es handelte sich nicht um eine Friedensinitiative, sondern um eine Friedensmission.

Ich möchte die Frage zum Anlass nehmen, ein großes Missverständnis aufzuklären: Der ungarische Ministerpräsident war in diesen Hauptstädten als Ministerpräsident von Ungarn. Er hat niemals auch nur mit einem Wort seine EU-Ratspräsidentschaft erwähnt. Nirgendwo waren eine

EU-Fahne oder das Logo der ungarischen Ratspräsidentschaft zu sehen. Nur in Kiew war das der Fall - das fand auf Wunsch der ukrainischen Kollegen statt -, aber nicht in Moskau, Peking, Washington oder Mar-a-Lago. Es war eine Friedensmission des ungarischen Ministerpräsidenten, über die er die Kollegen im Europäischen Rat nach jeder Station informiert hat. In Ungarn ist man sich also über die Kompetenzen innerhalb der EU im Klaren.

Zum Inhaltlichen: Keiner besitzt den Stein der Weisen, auch nicht Viktor Orbán. Er sagt nur, dass man nach zweieinhalb Jahren wenigstens darüber nachdenken sollte, dass die bis heute verfolgte europäische Politik - wir sagen, solch eine Politik gibt es eigentlich nicht, sondern sie ist eine Kopie der Politik aus Washington - nicht den europäischen Interessen entspricht. Die USA werden ihre Politik sowieso ändern, unabhängig vom Wahlergebnis am 5. November. Europas finanzielle, militärische und politische Belastung wird weiter anwachsen, wenn Europa keine eigene Vision hat und keine eigene Strategie verfolgt.

Wir gehen nicht davon aus, dass man Russland auf dem Schlachtfeld besiegen kann. Das kann man bestreiten, weil wir nicht wissen können, was in zwei, vier oder sechs Wochen geschieht, wie man zum Beispiel an den Geschehnissen in den Oblasten Kursk und Belgorod sieht. Ich will nicht sagen, dass ich so klug bin wie manche Kommentatoren der deutschen Medien, die seit zweieinhalb Jahren jeden Morgen eine neue Wahrheit vorstellen, die annehmen lässt, dass sie die Zukunft bereits kennen. Wir sagen: Europa sollte darüber nachdenken.

Der Ministerpräsident hat drei konkrete Vorschläge als Mitglied des Europäischen Rates, nicht als Ratspräsident, gemacht:

1. Europa sollte intensiver Gespräche mit China führen. Ohne China wird es nicht vorangehen. Die zwei Kriegsparteien werden ihrerseits nichts unternehmen, um diesen Krieg zu beenden. Das können sie auch nicht; das wäre nicht logisch.
2. Ja, Europa sollte Gesprächskanäle nach Moskau aufbauen. Wenn der amerikanische Verteidigungsminister in der Lage ist, den russischen Kollegen anzurufen, sollte auch Europa solche Kanäle besitzen. Wir sehen an Gefangenenaustauschen und Getreidetransporten, dass solche Kanäle existieren, aber nicht vonseiten Europas.
3. Europa sollte sich in Richtung des globalen Südens öffnen. Dass die Länder des globalen Südens nur das zu kopieren wünschen, was ihnen vom Westen empfohlen wird, gilt nicht mehr. Das zeigt sich klar an den Ergebnissen der Ersten Schweizer Friedenskonferenz. Unsere Anregung, mit der wir zugegebenermaßen relativ alleine waren, war, dass Europa wieder ein bisschen auf den Boden zurückgeholt werden sollte.

Wie es weitergehen wird, kann ich nicht sagen. Wir haben in Kiew mit Selenski gesprochen, in Moskau mit Putin, bei einem türkischen Gipfel mit Erdogan und mit Xi Jinping. Wir waren zudem beim NATO-Gipfel und in Mar-a-Lago bei Trump. Sechs solcher Treffen in zwei Wochen sind in meinen Augen etwas Wertvolles für Europa. Wir wurden aber attackiert und beschimpft.

Eines ist klar: Wir wünschen uns, dass sich die Zuständigen in Europa bewegen, damit Europa nach dem 5. November nicht wieder in die Lage ist, sich anpassen zu müssen, sondern einer der Mitgestalter des geopolitischen Umfeldes sein kann.

Abg. **Meta Janssen-Kucz** (GRÜNE): Ich möchte noch einmal auf das Themenfeld Kohäsionspolitik zurückkommen. Sie haben starkes Interesse an der Stärkung der Landwirtschaft bekundet. Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Kohäsionspolitik und für die Zukunft derselben? Wir sind immerhin ein stark landwirtschaftlich geprägtes Bundesland.

Botschafter **Dr. Györkös**: Es gibt in der EU bedeutende Akteure, die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), etwas überspitzt formuliert, einfach eliminieren wollen, weil sie behaupten, es sei eine Politik aus der Steinzeit. Beide Pfeiler der GAP - sowohl die Produktion als auch die ländliche Entwicklung - spielen eine wichtige Rolle. Es ist klar, dass Europa im Schatten des Krieges in der Ukraine und im Schatten des Klimawandels einerseits der Bevölkerung in den ländlichen Regionen vor Ort ein gutes Leben gewährleisten und andererseits in der Lage sein muss, nicht nur sich selbst, sondern auch viele andere zu versorgen.

Wir kämpfen in Ungarn mit den Folgen des Klimawandels. Bald werden nördlich von Ungarn bessere Rotweine hergestellt werden können als in den besten Weinregionen Ungarns. Noch belegt das Tokaj-Weinbaugebiet den Spitzenplatz. All das berührt, salopp formuliert, die Frage, wie man Stadt-Land-Dilemmata auf europäischer Ebene lösen kann.

Noch befinden wir uns, wie gesagt, aber ganz am Anfang der Diskussion. Ganz ehrlich: Ich gehe davon aus, dass der Rat im Dezember bestenfalls Schlussfolgerungen annehmen wird, die dann im Papierkorb landen werden. Das ist meine Erfahrung nach fünf Jahren in Brüssel. Nicht das entsprechende Papier wird das Wichtige sein, sondern die Gestaltung des politischen Denkens, die Evolution der politischen Diskussionen, damit wir uns für die harten Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen aufstellen können.

Abg. **Dr. Bernd Althusmann** (CDU): Herr Botschafter, wir alle erinnern uns an den Zeitraum von etwa Mai 1989 bis zum August 1989, als Ungarn die maßgebliche Rolle spielte, als der Grenzzaun zwischen zwei verfeindeten Blöcken durchtrennt worden ist. Viele damalige DDR-Bürger haben diese Gelegenheit genutzt. Letztendlich ist das der Anstoß für die Wiedererlangung der deutschen Einheit gewesen. Ungarn und Deutschland haben damals nachdrücklich an das gemeinsame Europa geglaubt und auch so gehandelt.

Ungarn ist nun seit über 20 Jahren Mitglied der EU. Mich interessiert, welche Bilanz Sie als der diplomatische Vertreter dieses stolzen europäischen Landes ziehen. Wie bewerten Sie heute die Entwicklung Europas in den zurückliegenden 20 Jahren? Vor allen Dingen: Wie schauen Sie nach vorne?

Es hat eine rasante Entwicklung gegeben. Ich glaube, alle deutschen Autohersteller sind inzwischen in Ungarn. Wenn ich nicht ganz falsch liege, errichtet BYD - auch Sponsor der Europameisterschaft - gerade ein Werk für Elektroautos bzw. hat es bereits errichtet. Das heißt, die Entwicklung auf dem Feld der Elektromobilität, die in Deutschland im Übrigen deutlich hinkt, geht in anderen europäischen Ländern, was die Produktionsstandorte betrifft, rasant voran. Ich glaube, etwa 1 000 Mitgliedsunternehmen der deutsch-ungarischen IHK sind in Ungarn tätig. Es handelt sich also um einen interessanten Standort für Investitionen und auch für Fachkräfte.

Botschafter **Dr. Györkös**: In einigen Tagen werde ich einen Vortrag über „mein 1989“ halten; denn das war der Beginn meiner beruflichen Laufbahn. Meine ganze Lebensgeschichte ist mit der Öffnung der Grenze verbunden. Als junger Diplomat bin ich im Frühjahr 1989 zum letzten

DDR-Referenten berufen worden. Ich dachte damals, dass das der langweiligste Job aller Zeiten werden wird. Und dann: Paneuropäisches Picknick, Geflüchtete auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft, die Grenzöffnung, zu der ich die Ehre gehabt habe, die diplomatische Note vorbereiten zu dürfen. Mein Name steht unter der diplomatischen Note als Bearbeiter - ich bin kein politischer Entscheidungsträger gewesen. Helmut Kohl nannte diese Note einmal den ersten Stein, der aus der Mauer fiel.

Maßnahmen wie das Picknick und die Züge aus Warschau und Prag verliefen wie bei der Eisenbahn nach dem Motto: Schranke hoch, Schranke zu. Die Kündigung des bilateralen Abkommens mit der DDR am 11. September 1989 allerdings war der Fall der Mauer - noch nicht in Berlin, sondern auf ungarischem Boden. In diesen Wochen waren mehr als 100 000 DDR-Bürger auf ungarischem Staatsgebiet.

Übrigens, für die jüngere Generation: Ungarn war der größte Treffpunkt für Deutsche aus Ost- und Westdeutschland. Für die Westdeutschen war so ein Treffen mit den Verwandten ohne Risiko möglich. Es war aber trotzdem ein Abenteuer hinter dem Eisernen Vorhang, in einem Land, das zum Warschauer Pakt gehörte, mit gutem Gulasch und gutem Rotwein.

Ostberlin, Prag und Bukarest versuchten, eine Achse gegen Ungarn zu arrangieren. Erich Honecker und Miloš Jakeš sind bald danach von der politischen Bühne verschwunden, Nicolae Ceaușescu wurde sogar getötet.

Dieser historische Prozess wurde damals in erster Linie von Ungarn, den Ostdeutschen und Helmut Kohl in die Wege geleitet. Kohl hat die Vorgänge damals punktgenau verstanden. Das hat er am 28. November 1989 mit dem Zehn-Punkte-Programm bewiesen. Die Ostdeutschen haben es ein paar Tage nach den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR mit der Parole „Wir sind das Volk“ und ihrem Willen, dazubleiben, bewiesen.

Zum Thema der Bilanz: Ungarn ist in Berlin heutzutage nicht mehr so sichtbar wie damals. Viele, die uns heute attackieren und infrage stellen, ob wir noch zu Europa gehören, gehören Parteien an, die gegen die Wiedervereinigung Deutschlands gewesen sind, oder waren es sogar persönlich. Ich kenne manche Mitglieder der jetzigen Bundesregierung, die damals vor „Nie wieder Deutschland!“-Transparenten standen. Sorry, aber auch das gehört zum Big Picture.

Ja, zwischen Deutschland und Ungarn ist heutzutage eine Art Entfremdungsspirale zu beobachten. Diese Entfremdung ereignet sich aber nicht zwischen denjenigen, die einander kennen, sondern bei den anderen. Wenn das so weitergeht, erweisen wir nicht nur unseren beiden Ländern einen Bärendienst, sondern auch Europa insgesamt. Wenn die Deutschen und die Ungarn einander verstehen, ist das etwas wahnsinnig Positives für Europa, genau wie im Jahre 1989. Aber jetzt werde ich zu emotional, das wird meiner Rolle nicht gerecht.

Abg. **Dr. Bernd Althusmann** (CDU): Als Zweites interessiert mich, wie Sie die wirtschaftlichen Auswirkungen der letzten zwei Jahre seit Kriegsbeginn auf Ungarn bewerten. Die Auswirkungen des Krieges spüren wir in ganz Europa und insbesondere in Deutschland - nicht nur bei den Energiepreisen. Ich glaube, Ihr Bruttoinlandsprodukt beläuft sich auf etwas mehr als ca. 170 Milliarden Euro.

Botschafter **Dr. Györkös**: Die wirtschaftlichen Folgen für Ungarn sind schwer. Das betrifft insbesondere den Energiebereich. Wir haben keine Küste und deswegen auch keine Standorte wie

Wilhelmshaven und Stade, die uns alternative Ressourcen beschere. Im Karpatenbecken lässt sich mit Wind nicht so viel erreichen - unabhängig von den großen gesellschaftlichen Widerständen gegen Windkraft in Hinblick auf die Zerstörung der Landschaft.

In den letzten 15 Jahren haben wir zu allen Nachbarn Interkonnektoren gebaut. Aber aus allen Himmelsrichtungen kommen nur russische Moleküle zu uns. Daran können wir nichts ändern. Neben Gas aus Russland und aus dem Süden - aber das sind ebenfalls russische Moleküle - können wir nur zwei Wege gehen: nuklear und solar.

Ungarn ist einerseits ein echtes Industrieland. Wir haben im Verhältnis sogar ein größeres Exportvolumen als Deutschland. Wenn ich mich nicht irre, liegt die Exportquote bei Ihnen bei 49 %; in der Vergangenheit hat sie mal 58 % betragen. Bei uns liegt sie bei 85 %. Wir können immer noch mit einem Wachstum von 2 % bis 2,5 % rechnen, was natürlich trotzdem wenig ist.

Hier spielt das deutsche Zugpferd wieder eine Rolle. Wir sind in vielen Punkten unterschiedlicher Auffassung, in manchen Punkten wird vielleicht sogar Schadenfreude empfunden. Aber es ist kein Anlass zur Freude für uns, wenn es der deutschen Wirtschaft schlecht geht. Dass die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder in Gang kommt, ist nicht nur ein elementares Interesse Ungarns, sondern von ganz Europa. Doch hier verlasse ich meine Kompetenzen; weiterzusprechen wäre ein Einmischen in eine innerdeutsche Diskussion.

Abg. **Dr. Bernd Althusmann** (CDU): Wie gehen Sie mit dem Defizitverfahren um, das von der EU gegen Frankreich, Italien, Belgien, Malta, Polen, Slowakei und Ungarn im Juli eröffnet wurde? Das übliche Verfahren ist, dass ein Mitgliedsland entsprechende Maßnahmen umsetzen oder zumindest ankündigen muss. Sehen Sie mir nach, dass ich nicht über die ungarischen Pläne hierzu informiert bin.

Ich habe eingangs gesagt, wie stolz wir darauf sind, dass wir in Europa nach gemeinsamen Werten leben. Ein Stück weit müssen wir auf die Geschlossenheit Europas und Rechtsstaatlichkeit setzen. Zum Thema Migration möchte ich auf einen Punkt aufmerksam machen, der mich als CDU-Politiker wirklich umtreibt: Die ungarische Visa-Regel ist nonchalant auf den Weg gebracht worden. Es gibt keine speziellen Visabeschränkungen gegen Bürgerinnen und Bürger aus Russland oder Belarus. Viele Sicherheitsexperten befürchten, dass über diese Regelung womöglich auch Menschen in den Schengen-Raum und damit nach Europa und Deutschland kommen, die wir dort eigentlich nicht haben wollen. Unter Gesichtspunkten von zum Beispiel Spionage ist das, gerade in der aktuellen Kriegssituation, gefährlich.

Wir sind Abgeordnete, Sie sind diplomatischer Vertreter, deshalb kann ich Ihnen das so offen sagen: Ich habe für diese Regelung wenig Verständnis. Sehen Sie mir die sehr direkte Frage, die uns momentan in ganz Europa umtreibt, nach. Mich interessiert Ihre Meinung dazu sehr.

Botschafter **Dr. Györkös**: Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame Werte sind sehr relevant. Wir arbeiten hier aber mit Begriffen, die nicht ausdefiniert sind. Darüber sollte man offen miteinander sprechen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Sie stehen für eine liberale Demokratie. Der ungarische Ministerpräsident steht für eine illiberale Demokratie, weil er die Botschaft schicken wollte, dass Demokratie verschiedene Formen haben kann. Sie kann zum Beispiel christlich, sozial oder freiheitlich-liberal sein.

Es geht nicht um den Liberalismus des 19. Jahrhunderts - Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz -, sondern um eine Anything-Goes-Liberalität, nach der alles möglich ist und nur das Individuum zählt. Diesbezüglich haben wir eine unterschiedliche Wahrnehmung, die aber nicht ausbuchstabiert ist. Ich sage Ihnen hierzu: Bitte lesen Sie Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union, wo unsere Grundwerte festgelegt sind. Dort steht vor dem Wort „Demokratie“ nicht „liberale“.

Das Gleiche gilt für die Meinungs- und Pressefreiheit. Jeden Morgen zwischen 5 und 9 Uhr sichte ich die ganze Palette der deutschen und der ungarischen Medien. Als offizieller Vertreter Ungarns verbitte ich mir ein schlechtes Urteil über die ungarische Presselandschaft im Vergleich mit der deutschen. Die ungarische Medienlandschaft ist viel bunter als die deutsche. Natürlich gibt es berechtigte Kritik; in mancherlei Hinsicht ist sie katastrophal. In Ungarn gibt es zwei Fernsehkanäle, die wirklich regierungskritisch aufgestellt sind. Einer dieser Kanäle ist übrigens in den Händen von RTL - nicht besonders Orbán-freundlich.

Kritisch zum Thema Unabhängigkeit der Justiz zu sprechen, ist sehr legitim. Aber die Reform, die wir in Ungarn auf den Weg gebracht haben, wurde von dem liberalen EU-Justizkommissar Didier Reynders gebilligt. In Ungarn funktioniert das Justizwesen auf europäischem Niveau.

In Berlin wird ein Teil der Parteien versuchen, eine Festung Karlsruhe aufzubauen. Jede zweite Referenz diesbezüglich bezieht sich auf Ungarn: „Sonst droht es, wie in Polen oder Ungarn zu werden.“ Ich habe kein Problem damit, dass wir kritisiert werden oder dass man uns entsprechende Fragen stellt, solange wir die Möglichkeit haben, darauf zu reagieren, und solange man im sogenannten Rechtsstaatlichkeitsdialog wirklich im Dialog auf Augenhöhe miteinander umgeht. Lassen Sie es mich so zusammenfassen: Wir sind unterwegs.

Ein letzter Punkt dazu: Was aus meiner Sicht das Problem ist, können Sie in dem Buch von Elmar Brok nachlesen. Ich kann bestätigen, was dort geschrieben steht. Im Oktober 2010 bin ich anlässlich meines Antrittsbesuchs bei ihm gewesen, als ich von Zagreb nach Brüssel wechselte. Er sagte mir schon damals: Ich drückte die Daumen, dass Orbán die Wahl gewinnt, betete aber, dass er das nicht mit einer Zweidrittelmehrheit tut.

Das waren demokratische Wahlen. In Ungarn wurde ein bürgerlich-konservatives Wahlbündnis mit Verfassungsmehrheit gewählt, die es dann wagte, eine neue Verfassung zu verabschieden. Seitdem ist diese Geschichte außer Kontrolle, weil solche politischen, ideologischen Konflikte im Zentrum stehen, die sicherlich nicht von einem Diplomaten aufgelöst werden können.

Ich bin dankbar, dass Sie die Frage zur Visa-Regel gestellt haben. Ich habe darauf eine defensive und eine offensive Reaktion.

Die defensive: Die Regeln, nach denen ein Visum ausgestellt wird, haben sich überhaupt nicht geändert. Alle, die ein Visum beantragen, durchlaufen in gleicher Weise die Sicherheitsmaßnahmen. Ich kann Sie und Ihre Familien beruhigen: Es ist keine zusätzliche Gefahr für die Sicherheit dadurch entstanden, weder für Ungarn noch für Deutschland. Eine Veränderung hat sich bei den Bedingungen für Arbeitsgenehmigungen ergeben. Diejenigen, die aus einem Land kommen, das sich auf der Liste der visumpflichtigen Staaten befindet, bekommen nach der Sicherheitsprüfung schneller Zugang zum Arbeitsmarkt.

Hierbei geht es um die größte Investition Ungarns: die Erweiterung der Nuklearkapazitäten mit Paks II, die von der EU-Kommission gebilligt wurde und ohne die Ungarn in einigen Jahren kaputt wäre. Das Projekt befindet sich also eindeutig im Einklang mit den europäischen Vorschriften.

Nun werde ich unhöflich sein und die offensive Reaktion darlegen: Wenn man bedenkt, wie viele Millionen von Menschen gegen unseren Willen in den letzten neun Jahren ohne Kontrollen und ohne Dokumente nach Europa gekommen sind, und wenn man das Visaverfahren des Auswärtigen Amtes bedenkt, und deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments Ungarn vorwerfen, es würde die Sicherheit des Binnenmarkts und des Schengen-Raums gefährden, bin ich, weil ich Ruhe bewahren muss, „moderat irritiert“.

Im September 2015 war ich noch ständiger Vertreter in Brüssel, als angekündigt wurde, Ungarn würde einen Zaun an seinen Außengrenzen, die die Grenzen des Schengen-Raums sind, bauen. Im Schengener Grenzkodex steht übrigens, dass eine Einreise nur über die offiziellen Grenzübergänge, und zwar während deren Öffnungszeiten, und bei Identifizierung der Einreisewilligen geschehen darf. Ich habe neben Viktor Orbán gesessen und ihm vorgelesen, was im Schengener Grenzkodex und im Dublin-Abkommen steht. Er war damals als Einziger bereit, dies umzusetzen.

Nun komme ich zum zweiten Punkt: Sie erinnern sich vielleicht, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge damals getwittert hat, dass syrische Staatsangehörige ab jenem Zeitpunkt nicht mehr auf der Grundlage des Dublin-Verfahren behandelt würden. Zwei Stunden später haben die Behörden auf der serbischen Seite der serbisch-ungarischen Grenze zehntausende weggeworfene Reisedokumente gefunden. Auf der ungarischen Seite meldeten sich danach Zehntausende - mehrheitlich kräftige, junge Männer - mit iPhones und Geld, aber ohne Ausweisdokumente.

Die ganze Problematik ist sehr kompliziert. Aber für uns ist relativ klar, worum es geht. Ich verstehe Ihren Punkt und freue mich, darauf reagieren zu dürfen. Wenn die Vorwürfe weiter im Raum bleiben sollten, wird zu Recht die Frage aufkommen, inwiefern Ungarn die Sicherheit der europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gefährdet. Das ist nämlich nicht der Fall. Auf uns ist Verlass.

Als Orbán sich im Jahr 2015 als „Burgkapitän“ bezeichnete, verstanden das viele nicht. Das kommt aus unserer christlichen Vergangenheit. Als ein Drittel unseres Landes von den Türken im 16. und 17. Jahrhundert besetzt wurde, befand sich an der Grenzlinie zwischen dem Osmanischen Reich und dem restlichen Königreich Ungarn kleine Festungen oder Burgen. Der „Kapitän“, der in einer solchen Festung war, hatte zwei zentrale Funktionen: die Beobachtung der Situation und das Treffen von Schutzmaßnahmen. Das war sozusagen der Schengen-Raum der damaligen Zeit.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU): Die diplomatische Einleitung hat Herr Althusmann vorweggenommen. Sie haben Ihre persönlichen Erlebnisse im Jahr 1989 sehr eindrücklich geschildert. Deshalb muss ich direkt zum kritischen Part kommen. Sie sagten, das sei möglich, und das ist sicherlich auch notwendig.

Sie haben die „Friedensmission“ des ungarischen Ministerpräsidenten angesprochen und deutlich darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um eine Initiative des Ministerpräsidenten und nicht des EU-Ratspräsidenten gehandelt habe. Wenn man den Zeitpunkt bedenkt, zu dem der

entsprechende Besuch stattgefunden hat, tue ich mich mit meinem diplomatischen Verständnis aber schwer. Sie selbst haben dargelegt, was für eine Leistung es gewesen sei, dass Ihr Ministerpräsident in den ersten sechs Wochen seiner EU-Ratspräsidentschaft so viele Besuche absolviert habe. Damit haben Sie aber auch unterstrichen, in welcher Mission bzw. Funktion der ungarische Ministerpräsident bei Putin gewesen ist. Welche Symbolkraft so etwas hat, müssen wir wohl nicht diskutieren.

Das geschieht in einer Phase, in der wir in der EU die größte Herausforderung bewältigen und die größte Bedrohung seit dem Zweiten Weltkrieg erfahren müssen. Sich auf solch eine „Friedensmission“ zu begeben, ist ein Spiel mit dem Feuer. Das muss kritisch hinterfragt werden.

Es ist völlig richtig, dass man immer miteinander sprechen muss. Aber als Diplomat wissen Sie auch, dass das in solchen Zeiten nicht auf der „oberen Ebene“ stattfinden sollte, sondern auf anderen Kanälen. Der Gefangenaustausch hat gezeigt, dass sich auch auf dieser unteren Ebenen etwas erreichen lässt. Seit vielen Jahren stellen wir fest, dass die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten eine Politik der Provokation ist, die in dieser Situation gefährlich ist. Und damit kritisiere ich nicht, was der Ministerpräsident im Detail macht. Ich gebe zu, dass die EU-Ratspräsidentschaft uns vor diesem Hintergrund umtreibt.

Ich möchte aber auch einen Aspekt aufzeigen, bei dem der ungarische Ministerpräsident völlig richtig liegt. Die Rolle von China ist natürlich entscheidend. Die Annäherung von Russland und China in den letzten Jahren darf man nicht einfach nur hinnehmen, sondern man muss etwas tun. Wie kann Europa als Ganzes zusammen mit seinen amerikanischen Partnern über eine Gemeinschaftsstrategie hier etwas erreichen?

Das bringt mich zu einer konkreten Frage: Zu was für Verbesserungen hat die genannte „Friedensmissionen“ - insbesondere das Zusammentreffen mit Putin, der seine Auffassung, dass Orbán in seiner Funktion als EU-Ratspräsident zu ihm gekommen sei, während einer Pressekonferenz dargelegt hat - geführt?

Mein zweiter Punkt betrifft den Bereich der Migration. Ich stimme vollauf mit Ihnen überein, dass die EU-Außengrenzen besser gesichert werden müssen. Das ist etwas, das mittlerweile Gott sei Dank nahezu Konsens in der EU ist. Die Umsetzung davon ist andere Frage. Wenn der Grenzschutz in den sechs Monaten der EU-Ratspräsidentschaft mit Frontex vorangebracht wird und die Zielzahlen wirklich mal erreicht und die geplanten Maßnahmen ergriffen werden, dann würde eine absolut notwendige Verbesserung eintreten.

Sie haben gesagt, jedes EU-Mitgliedsland müsse selber entscheiden können, ob es Menschen aufnehme, gerade in Bezug auf Arbeitsmigration. Da stimme ich Ihnen vollends zu. Wir sprechen aber nicht über Arbeitsmigration, sondern über Asylbewerber, die bedroht werden und denen gegenüber wir die humanitäre Verantwortung haben, sie aufzunehmen, sofern gerichtlich bestätigt ist, dass tatsächlich eine Bedrohung vorliegt.

Wenn man an einer gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik arbeitet und ein einziges Land sagt: Ihr könnt das machen, aber wir beteiligen uns daran nicht, sehe ich das - ich entschuldige mich, das ist nicht diplomatisch - als Provokation. Wenn man das nicht überwindet, wird es wahnsinnig schwer, einerseits Akzeptanz zu bekommen, andererseits aber auch, Ergebnisse zu erzielen.

Wenn man diese Provokation in den sechs Monaten aber überwinden könnte, wäre das ein Zeichen von Größe und Würde, glaube ich, auch zu Erfolg führen.

Botschafter **Dr. Györkös**: Vor 14 Jahren ist die ungarische Regierungspartei Mitglied der EVP gewesen. Die damalige EVP-Führung nannte meinen Ministerpräsidenten provokativ Bête noire und den Enfant terrible Europas. Im Grunde war es so auch schon 1989. Viktor Orbán war eigentlich der Erste, der die Grenzen von Gorbatschow getestet hat.

Als am 16. Juni 1989 die Umbettung des Helden der Revolution von 1956 stattfand, hat der damals junge Politiker Viktor Orbán eine Rede auf dem Heldenplatz gehalten und vor 400 000 Menschen den Abzug von sowjetischen Truppen aus Ungarn gefordert. Moskau blieb still, die sowjetischen Soldaten blieben in den Kasernen. Der zweite Test war das Paneuropäische Picknick, währenddessen rund 100 000 sowjetische Soldaten in Ungarn stationiert waren. Dann hat die damalige Regierung die Entscheidung getroffen, das Warschauer-Pakt-Abkommen zu kündigen. Am 25. August 1989 fand das Treffen zwischen dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh in Győr statt. Orbán ist aber damals der Erste gewesen.

Seiner Natur nach ist er, wenn Sie so wollen, ein Agent Provocateur, weil der Verbleib im lauwarmen Wasser einerseits nicht seiner politischen Persönlichkeit entspricht und er andererseits der Überzeugung ist, dass Europa im globalen Wettbewerb mit China, den USA etc. untergehen wird, wenn es so weitermacht wie bisher. Das kann man kritisieren, aber er hat hierfür die Unterstützung der eindeutigen Mehrheit in Ungarn.

Es wurde viel darüber gesprochen, dass die ungarische Regierungspartei geschwächt wurde. Ja, sie hat zwei Mandate im EU-Parlament verloren. Aber immerhin hat Fidesz rund 45 % der Stimmen in Ungarn bei den Direktwahlen, wo die Wahlkreise keine Rolle spielen, bekommen.

Wir Ungarn sind, wie wir sind - sorry. Seit unserem EU-Beitritt 2004 sind wir gleichberechtigtes Mitglied. Bis dahin hatten wir nur die Möglichkeit, alle Regeln zu übernehmen und zu implementieren. Seither sagen wir, auch wenn es manchmal unbequem ist: Wir haben das Recht, als gleichberechtigte Mitglieder zu agieren, auch wenn man das sicherlich mit Maß und Mitte tun muss.

Ich kann nicht beeinflussen, wie der russische Präsident gewisse Situationen nutzt bzw. missbraucht. Ich war mir sicher, dass er diese Chance nicht verpassen wollte. Das ist schon im Februar 2022 so gewesen: Am gleichen Tisch hat in Gestalt von Monsieur le Président und dem Bundeskanzler bereits europäisches Spitzenpersonal gesessen - und nun der ungarische Ministerpräsident. Wer wurde in ganz Europa dafür kritisiert? Weder Scholz noch Macron, nur Viktor Orbán. Aber wir sind gleichberechtigt! Sie haben aber Recht: Es kann so interpretiert werden kann.

Die Botschaft Richtung Europa und insbesondere Richtung Berlin lautet: Leute, es kann so nicht weitergehen! Man sollte wenigstens darüber reden, dass die aktuelle Strategie, die keine Strategie ist, sondern nur ein Strom, in dem wir mitgerissen werden, nicht erfolgreich sein wird. Europa muss mit jedem Tag einen höheren Preis zahlen, ohne dabei irgendein Ergebnis zu erreichen. Wir sagen: Lasst uns darüber diskutieren, was anders laufen sollte. - Es wird einfach nur

gesagt: Shut up! Maul halten! Weiter mitmachen! - Aber das ist nicht unsere Natur; das ist unserer Auffassung auch der falsche Weg. Das ist es wohl, was Sie als Provokation verstehen.

Sie haben einen sehr wichtigen Punkt angesprochen, der aufzeigt, wie - sorry! - blöd die westliche Strategie ist. Die westliche Strategie hat Russland näher mit China zusammengebracht. In einem Briefing von Gabor Steingart in *The Pioneer* ist einmal von „Russina“ die Rede gewesen. Das ist es, was der Westen erreicht hat. War das in unserem Interesse? Der Leiter der Sicherheitskonferenz Christoph Heusgen sagte, „Russland ist jetzt eine Discounttankstelle für China.“ Ist das im Interesse des Westens? In meinen Augen ist es das nicht.

Wir müssen ein bisschen strategischer denken, statt immer nur zu kopieren. Zugleich gebe ich zu: Wir sind in dieser Sache in der Minderheit, wenn auch nicht unbedingt ganz alleine. Übrigens: Nach dem Besuch von Orbán hat der ukrainische Außenminister Peking besucht, und nach dem Treffen von Orbán mit Trump in dessen Anwesen Mar-a-Lago hat Selenski mit Trump telefoniert. Insofern sind diese Treffen nicht völlig nutzlos gewesen, aber sie haben sicherlich auch nicht zu Durchbrüchen geführt.

Zum Themenfeld Migration, Solidarität, Verteilung: Wieder einmal sprechen wir als Freunde und ehrliche Europäer miteinander. Im August/September 2015 war ich noch ständiger Vertreter in Brüssel. Damals ging es um die Verteilung von 160 000 Flüchtlingen innerhalb der EU. Viele Kollegen im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben mir gesagt: Bitte überzeuge deinen Ministerpräsidenten, die Umverteilung laufen zu lassen. In zwei Wochen werden diese Menschen sowieso in Deutschland sein, und dann werden die Deutschen erkennen, dass diese Verteilung eine funktions- und inhaltslose Idee ist: Man kann die Menschen nicht an den Tisch fesseln.

Meist handelte es sich nicht um afghanische Familien, sondern es waren mehrheitlich kräftige junge Männer, und das kommt nicht von mir, sondern von Dr. Frank Ulrich Montgomery, der damalige Präsident der Bundesärztekammer. Der sagte: Keine Sorge, meine deutschen Landsleute, unser Gesundheitssystem wird nicht kaputtgehen, denn die Flüchtlinge sind mehrheitlich gesunde, junge Männer.

Warum sollten einige hundert Flüchtlinge in Ostbulgarien bleiben, wenn Hunderttausende ihrer Landsleute hier in Deutschland sind? Wie vermeiden Sie, dass die dann alle nach Deutschland kommen? Sie sagen zu Recht: Mit Gerichtsurteilen etc. - Wir sagen: Die jetzige Situation ist nicht mit der nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist nicht auf die jetzige globale Situation zugeschnitten. In Artikel 33 steht übrigens klar, dass Leute nicht abgewiesen werden können, wenn sie aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben in Gefahr war. Diejenigen, die an der ungarischen Außengrenze landeten, kamen aber aus mindestens vier oder fünf sicheren Drittstaaten, die sich sogar innerhalb der EU befunden haben. An der ungarisch-serbischen Grenze können Sie definitionsgemäß kein Asylsuchender sein, wenn Sie vorher nicht im falschen Boot gelandet sind.

Das gilt nicht für die Ukraine, für die die Genfer Flüchtlingskonvention gilt: Jeder, der aus der Ukraine kommt, wird bei uns aufgenommen und bekommt Asyl, ohne es vorher beantragen zu müssen. Dass eine große Mehrheit der Menschen weiterzieht, ist eine andere Frage. Täglich

kommen aber zwischen 7 000 und 12 000 aus der Ukraine. Das Hin- und Herreisen ist mittlerweile teilweise zum Geschäftsmodell geworden, wie Sie an den Flixbus-Fahrten aus Berlin und Hannover sehen können. Aber auch das ist eine andere Frage.

Wir bitten darum, die Realität in Betracht zu ziehen. Ohne zu jammern: Mir tut es weh, dass Deutschland und Ungarn diesbezüglich nicht miteinander ins Reine kommen. Deutsche sagen mir: Ihr Ungarn habt uns im Stich gelassen! Ihr seid nicht bereit, zu verteilen!

Erstens. Die, die verteilt werden sollen, sind nicht diejenigen, die in der größten Not sind. Das sind die, die zum Beispiel in Afrika geblieben sind.

Zweitens. Eine Verteilung von einigen Hunderttausend nützt nichts. Jährlich kommen mehr als 1 Million. Eines Tages wird die Duldungsgrenze erreicht sein, was man schon bei Schweden und Dänemark erkennt. Schauen Sie auch mal nach England. Sie werden die mittelosteuropäischen Länder nicht überzeugen können, da mitzumachen, weil sie sehen, was in England, Frankreich und Schweden geschieht. Man kann das den Anderen nicht aufzwingen!

Zur Frage der Solidarität: Wie ist Solidarität zu definieren? Darüber wird in Europa überhaupt keine Diskussion geführt. Es heißt: Entweder du verteilst diese Menschen, oder du bist nicht solidarisch. Ich sage: Ich bin am solidarischsten mit Ihnen; denn durch den Grenzschutz wurden Hunderttausende nicht hineingelassen. Deswegen wurde ich beschimpft, die Reputationskosten sind himmelhoch. Hinzu kommt, dass der Europäische Gerichtshof Ungarn zu einer Strafe von 200 Millionen Euro zuzüglich 1 Million Euro pro Verzugstag verurteilt hat, weil es seine Grenzen schützte. Wir werden dafür bestraft, dass wir mit ungarischen Steuergeldern die Außengrenzen der schützen, weil die EU nicht dazu bereit ist, den Grenzschutz in Ungarn zu unterstützen. Griechenland und Bulgarien bekommen finanzielle Unterstützung für ihren Grenzschutz, aber nicht Ungarn. Denn was die Ungarn tun, ist per se böse.

Zum letzten noch offenen Teil Ihrer Fragen: Nun besteht die schöne Möglichkeit, die GEAS-Reform umzusetzen. Es ist eine Farce! Wir als honest Broker werden in diesen Monaten sicher nichts in die Wege leiten, was die Umsetzung stören könnte. Der Grundgedanke dieser Reform sind Verfahren an den Außengrenzen. Das hat mit dem Schutz der Außengrenzen nichts zu tun, gar nichts!

Wie viele Migranten sind im letztes Jahr illegal in die EU gekommen? 1,1 Millionen. Können Sie sich vorstellen, dass es entsprechend viele Aufnahmestellen, die in der deutschen Medienwelt mit Konzentrationslagern verglichen wurden, gibt? Das kann nur auf derselben Grundlage wie das deutsche Flughafenverfahren funktionieren - auf der Grundlage der Fiktion der Nichteinreise. Deswegen wurde Ungarn verurteilt. Wir erhielten die Strafe in Höhe von 200 Millionen Euro, weil wir an der ungarisch-serbischen Landesgrenze, der Grünen Grenze, das deutsche Flughafenverfahren eingeführt haben. Das war übrigens meine Empfehlung an den Ministerpräsidenten, nachdem ich gelernt hatte, wie das in Frankfurt und München funktioniert: Die Person kommt an, betritt ohne Prüfung aber nicht das Staatsgebiet und das Gebiet der EU. Das wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gebilligt, aber von dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verurteilt. Es hieß, die Transitlager seien wie Gefängnisse, weil man nicht hinaus könne. Doch, das konnte man: über den Weg zurück. Wir brauchen ein konsistentes System, um den Druck auf Europa zu verringern. Trotzdem werden wir, insbesondere in Deutschland, als unsolidarisch wahrgenommen. Das ist schwierig.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen wenigstens teilweise erläutern, wieso wir aus unserer Sicht am solidarischsten mit Ihnen sind. Wenn auch wir uns an dieser Farce beteiligen würden, landen mindestens 80 % bis 90 % dieser Menschen bei Ihnen. Sie können nicht jedem dieser 1,1 Millionen Menschen pro Jahr einen Anwalt oder sogar zwei Anwälte zuweisen. Wenn Sie diese Menschen aufnehmen wollen, wenn es in Deutschland einen politischen und gesellschaftlichen Konsens hierüber gibt, kann das über Aufnahmestellen an Hot Spots, zum Beispiel in Nordafrika oder im Nahen Osten, gemacht werden, aber nicht über die illegalen Wege. Letzteres fördert das Geschäft der Schleuser. Das wissen wir, weil wir das seit neun Jahren Tag für Tag an unserer Außengrenze erleben. Das ist unsere konkrete Lebensrealität. Das ist schwierig, und ich hoffe, das wird uns erspart bleiben.

Wenn ich so unhöflich sein darf: Die größte Enttäuschung sind für mich nicht die Deutschen; wenn sie so ticken und agieren, dann ist das ihr gutes Recht. Die größte Enttäuschung ist die EU-Kommission. Sie ist die Institution, deren Aufgabe es ist, nur auf die objektiven Fakten zu schauen. Aber sie tut das überhaupt nicht; sie ist total ideologisch. Für uns bleibt nur ein Weg. Und das ist der Sonderweg - nicht nur der Ungarn, sondern den gehen auch die Finnen, die Schweden und die Dänen. Das kommt von innen, aus den einzelnen Mitgliedstaaten. Schade.

Als honest broker werden wir die Umsetzung dieser sogenannten Wunderlösung, der GEAS-Reform, nicht im Wege stehen, aber sie ist keine Lösung. Wissen Sie, wie viele Prüfungen in den Aufnahmestellen geschehen sollen? 35 000 pro Jahr. - Es gibt aber 1,1 Millionen. Was geschieht mit den anderen? Oder wollen Sie alle 1,1 Millionen Menschen in solche Lager bringen? Meine Gedankenwelt ist nicht offen genug, um das ernst nehmen zu können. Aber ich hoffe auf eine Lösung.

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Wir haben über eine Stunde offen diskutiert. Vielen Dank, dass Sie sich auch den kritischen Fragen gestellt haben. Ich wünsche Ihnen eine gute Rückreise und hoffe, dass Sie den Besuch im Niedersächsischen Landtag, aber auch hier in unserem Ausschuss in guter Erinnerung behalten.

Botschafter **Dr. Györkös**: Vielen Dank für die Einladung, noch mehr aber für die offene Diskussion. Ich habe in manchen Gesichtern erkannt, dass nicht alle von Ihnen mit meinen Ausführungen einverstanden waren. Ich freue mich aber, wenigstens die Chance erhalten zu haben, Ihnen das zu sagen. Denn wir Ungarn werden die Deutschen immer ernst nehmen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

**EU-Angelegenheiten und Berichte über Frühwarndokumente**

Schriftliche Unterrichtungen und Unterrichtungswünsche liegen nicht vor.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 3:

**Parlamentarische Informationsreise 2025**

Der Ausschuss kommt überein, in der Zeit vom 30. März bis zum 4. April 2025 eine politische Informationsreise nach Griechenland durchzuführen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 4:

### **Terminangelegenheiten**

#### *Besuch der Grünen Woche 2025*

Der Ausschuss erörtert Organisatorisches bezüglich des Besuches der Grünen Woche am 22. und 23. Januar 2025.

#### *Stellungnahme zum „Gesetzentwurf zur Ergänzung des Europabezuges in der Landesverfassung“ der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/4264*

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU) teilt dem Ausschuss mit, der federführende Rechtsausschuss habe um eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gebeten. Das MB habe angeboten, den Ausschuss hierzu zu unterrichten, damit dieser dann eine Stellungnahme an den federführenden Ausschuss abgeben könne. Auch die SPD-Fraktion habe den gleichlautenden Wunsch geäußert.

Der **Ausschuss** kommt überein, die Unterrichtung am 12. September 2024 entgegenzunehmen.

#### *Ausfall eines Sitzungstermins*

Anschließend vereinbart er, auf die für den 5. September 2024 vorgesehene Sitzung zu verzichten.

\*\*\*